

## **N i e d e r s c h r i f t**

**über die 39. (870.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 19. September 2019, 20.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses**

---

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund  
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies  
Ratsherr Ron Piekarski  
Ratsherr Robin Kuper  
Ratsherr Olaf Sommer  
Ratsherr Kim Streitböcker  
Ratsherr Sigurd Uecker  
Ratsherr Jochen Voss

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Ingo Börgmann

Bürgermeister Uwe Garrels  
Protokollführerin Rena Janssen

Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes

Als Gast:

Abteilungsleiter Marc Sjuts

### **Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass er aufgrund § 41 NKomVG an der Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 11. „Änderung Frachttarife der Schifffahrt Langeoog zum 01.01.2020“ nicht teilnehmen wird.

### **Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 38. (869.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 31.07.2019**

Die Niederschrift über die 38. (869.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 31.07.2019 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 38. (869.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 31.07.2019 wird einstimmig genehmigt.

### **Zu Punkt 5 : Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen nach Eingang der ausführlichen Begründung gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichtes Wilhelmshaven, dass das Arbeitsverhältnis durch die außerordentliche fristlose Kündigung gegen den ehemaligen Tourismusmanager Herrn Hinrik Dollmann nicht aufgelöst wurde, sondern bis zum 30.03.2019 fortbestanden hat, vor dem Landesarbeitsgericht in Berufung zu gehen.

### **Zu Punkt 6 : Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Zu Punkt 7: Erneuerung des Straßenausbaus Störtebekerstraße / Kirchstraße**

- **Abschnittsbildungsbeschluss für den I. Bauabschnitt zwischen der Störtebekerstraße / Ecke „Am Wald“ bis zum Kreuzungsbereich Kirchstraße/Friesenstraße**
- **Beschluss über die Aufwendungs-spaltung**
- **Beschluss über das Bauprogramm bis 2023  
(s. Vorlage Nr. VO19-168)**

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Baumaßnahme in vier Bauabschnitte unterteilt werde. Der erste Bauabschnitt umfasst die Ecke Störtebekerstraße/Am Wald – Kirchstraße/Einmündung Internatsgelände einschließlich dem Ausbau der inneren „Erschließung“ auf dem Internatsgelände (Nov. 2019 – Mai 2020). Der zweite Bauabschnitt umfasst die Einmündung Internatsgelände – Friesenstraße (Nov. 2020 – Mai 2021), der dritte die Friesenstraße – Mittelstraße (Nov. 2022 – Mai 2023) und der vierte Bauabschnitt die Mittelstraße bis Hauptstraße (Nov. 2023 – Mai 2024).

Ratsherr Kuper bittet um die Darstellung der geplanten Straßenausführung.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass er die Abbildung im Ausschuss ausführlich dargestellt habe.

Abteilungsleiter Sjuts ergänzt, dass die Straße mit grauen Betonsteinen und einem roten überfahrbaren Fußweg mit Betonsteinen versehen wird. Der Fußgängerweg auf der Seite Schule wird mit roten Klinkersteinen gepflastert. Dazwischen wird ein Grünstreifen mit Bäumen angelegt.

Ratsherr Kuper erklärt, dass er gegen den Antrag stimmen werde, da er den Planungslauf für zu lange hält. Er kritisiert die weit in die nächste Amtsperiode reichende Planung. Möglicherweise werde durch die heutige Beschlussfassung die Möglichkeit genommen für die späteren Bauschritte Zuschüsse zu erhalten.

Ratsherr Sommer erkundigt sich, ob alle vier Bauabschnitte komplett ausgeschrieben wurden.

Abteilungsleiter Sjuts verneint dies. Bisher wurden die Bauabschnitte Ecke Störtebekerstraße/Am Wald – Kirchstraße/ Kreuzungsbereich Um Süd ausgeschrieben. Der Abschnitt soll von November 2019 bis Mai 2020 stattfinden. Die gesamte Bauphase beträgt ca. drei Jahre. Für die anderen Bauabschnitte können noch eventuell mögliche Fördermittel beantragt werden.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

- für die Straßenbaumaßnahme Störtebekerstraße/Kirchstraße im Bereich zwischen der Ecke Störtebekerstraße/Am Wald – Kreuzung Kirchstraße/Friesenstraße nach § 1 Absatz 3 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen in der Inselgemeinde Langeoog für die Ermittlung des beitragsfähigen Aufwands einen Abschnitt zu bilden (Abschnittsbildungsbeschluss)

- der Rat stellt gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung fest, dass die Verkehrsanlage „Störtebekerstraße/Kirchstraße“ in diesem Abschnitt überwiegend als Haupterschließungsstraße dient, so dass der Anteil der Inselgemeinde Langeoog am beitragsfähigen Aufwand

70% des beitragsfähigen Aufwands der Erneuerung der Teileinrichtung für Fahrbahnen nach § 4 Absatz 2 Nr. 2a

60% für Beleuchtungseinrichtungen und Einrichtungen zur Straßenentwässerung nach § 4 Absatz 2 Nr. 2d

und 40% für die Gehwege, Randsteine und Schrammborde sowie für Grünanlagen als Bestandteil der örtlichen Einrichtung nach § 4 Absatz 2 Nr. 2c

gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung beträgt

- die Aufwandsermittlung und Erhebung der Straßenausbaubeiträge für die Erneuerung der Teileinrichtung für den Abschnitt Ecke Störtebekerstraße/Am Wald – Kreuzung Kirchstraße/Friesenstraße im Wege der Aufwandsspaltung durchzuführen und stellt gemäß § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung fest, dass die Beitragspflicht frühestens mit dem Abschnittsbildungsbeschluss bzw. mit dem Ausspruch der Aufwandsspaltung entstanden ist.

- beschließt weiterhin das Bauprogramm gemäß § 1 Absatz 4 der Straßenausbaubeitragssatzung für die Fortführung des Ausbaus der nördlichen Reststrecke bis zur Kreuzung Kirchstraße/Hauptstraße mit dem konkreten zeitlichen Horizont bis zum Mai 2024 gemäß Anlage zur Vorlage VO19-168.

- Die Fortführung des Ausbaus der nördlichen Reststrecke bis zur Kreuzung Kirchstraße/Hauptstraße erfolgt in Art und Ausführung wie im ersten Bauabschnitt von der Ecke Störtebekerstraße bis zur Friesenstraße.

**Zu Punkt 8: Antragsschreiben Bündnis 90/Die Grünen zur Ausführung des Klimanotstandes auf der Insel Langeoog vom 06.06.2019 (s. Vorlage Nr. VO19-169)**

Ratsherr Piekarski kritisiert die lange Bearbeitungszeit des Antrages durch die Verwaltung. Er begrüßt es, dass viele Menschen sich für den Klimawandel interessieren und aktiv handeln. Er ist jedoch der Meinung, dass der Begriff „Klimanotstand“ falsch gewählt sei. Notstand assoziieren die meisten Menschen mit etwas, wo es nicht weiter gehe. Er schlägt vor anstatt „Klimanotstand“ den Begriff „Klimazukunft“ zu verwenden.

Ratsherr Uecker stellt klar, dass die CDU hinter dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen stehe. Der Begriff „Notstand“ sei sehr provokant gewählt worden. Er gibt zu bedenken, dass bei der Beschließung des „Klimanotstandes“ Kosten entstehen, welche den Bürgern auferlegt werden.

Ratsherr Voss sehe den Namen „Notstand“ auch als kritisch an. Er werde dem Antrag dennoch zustimmen. Daher plädiere auch er für den Begriff „Klimazukunft“.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Formulierung des Beschlusses verändert werden müsste. Im Übrigen würden der Gemeinde durch den Beschluss Mehrkosten entstehen. Jedoch seien die Kosten einer ungebremsten Erderwärmung unkalkulierbar. Der Klimawandel werde ein wichtiges Thema der nächsten Jahre werden. Es sollte eine optimale Lösung zwischen Kosten und Nutzen gefunden werden. Er ist der Meinung, dass die großen Signale vom Staat kommen müssen. Ein Beispiel sei die Mitteilung von stv. Bürgermeister Janssen, der sich bei einem Stromanbieter über grünen Strom informiert hatte. Grüner Strom sei jedoch 2 Cent teurer, obwohl die gesellschaftlichen Folgekosten aus Kernkraft, Kohle und Gasverstromung langfristig erheblich höher seien.

Ratsherr Sommer erklärt, dass er persönlich keinen Einwand gegen eine Umbenennung in „Klimazukunft“ habe. Er erklärt, dass der Antrag vom Vorstand Bündnis 90/Die Grünen im Gegensatz zu anderen Anträgen in anderen Kommunen schon entschärft sei. Es sei wichtig das weiter gehandelt und der Klimawandel gestoppt werde.

Ratsherr Kuper verweist auf den Bauausschuss. Hier habe er den Antrag gestellt, dem Antrag der Bündnis 90/Die Grüne Folge zu leisten. Durch eine Umformulierung könne er diesem leider nicht weiter folgen und werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Uecker macht deutlich, dass er den Antrag für richtig halte. Jeder sollte sich jedoch in dem Antrag wiederfinden.

Ratsherr Piekarski stellt den Antrag den Beschlussvorschlag mit der Änderung in „Klimazukunft“ zur Abstimmung zu stellen.

Stv. Bürgermeister Janssen hält den Begriff „Klimanotstand“ für richtig. Die Regierung sollte massiv unter Druck gesetzt werden. Es sollte nicht sein, dass Atomstrom günstiger sei als aus Windkraft erzeugter Strom.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltungen

- für eine positive Klimazukunft die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anzusehen
- zu erkennen, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- dass ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen berücksichtigt werden. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die - wenn es möglich ist - den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen **auch** die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung **sowie unter dem Aspekt, was finanziell machbar ist**, bewertet werden
- den Bürgermeister aufzufordern, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen zu ziehen
- einen Masterplan für die ganze Bundesrepublik zu fordern, da ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmen-

bedingungen noch nicht möglich ist. Ein Masterplan könnte klären, in welcher Zeit welche Ziele erreicht werden und welche der staatlichen Ebenen dazu welchen Beitrag leisten muss.

**Zu Punkt 9: Erneuerung der Lizenzierung von Microsoft Produkten**  
(s. Vorlage Nr. VO19-170)

Ratsherr Kuper verweist auf die Kooperation mit der Firma SFC, Software for Companies GmbH. Er erkundigt sich nach der Vergütung.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Ausschreibung in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen durch die Firma Software for Companies erfolgt sei. Dadurch können die Ausschreibungskosten geteilt werden.

Ratsherr Uecker erkundigt sich, ob es sich hierbei um eine Sammelabfrage oder die Ausschreibung speziell für Langeoog war.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Firma Microsoft zum 14.01.2020 offiziell den Support für das Betriebssystem Windows 7 einstellt. Aus diesem Grund haben sich mehrere Kommunen zusammengetan um nach der Lösung zu suchen.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltungen die Vergabe der Lizenzierung der Microsoft Produkte an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Comparex AG, Leipzig, zum Preis von € 49.809,89, netto.

**Zu Punkt 10: Anpassung Tarife Schifffahrt**  
(s. Vorlage Nr. VO19-172)

Der Rat beschließt einstimmig die Anpassung der Personentarife wie vorgeschlagen um im Mittel 5 %. Die Tarife für Tagesgäste Erwachsene sollen auf € 24,00 und für Tagesgäste Kinder auf € 14,50, jeweils zuzüglich dem gültigen Tagesgästebeitrag, festgesetzt werden.

**Zu Punkt 11: Änderung Frachttarife der Schifffahrt Langeoog zum 01.01.2020**  
(s. Vorlage Nr. VO19-173)

Stv. Bürgermeister Janssen nimmt nach § 41 NKomVG an der Beratung und Abstimmung nicht teil und nimmt im Publikum Platz.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimmen die Anpassung des Frachttarifes zum 01. Januar 2020 sowie die ABB.

Stv. Bürgermeister Janssen nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Zu Punkt 12: Kalkulation des Gästebeitrags sowie des Tourismusbeitrags**  
(s. Vorlage Nr. VO19-184)

Ratsherr Streitbürger erkundigt sich, aus welchem Grund eine Nachkalkulation nicht intern erfolgen könne.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass alle drei Jahre eine Nachkalkulation erfolgen muss. Hierbei wird geprüft, ob die Vorkalkulation korrekt war, ehe die neue Kostenkalkulation vorgenommen werden könne. So werde unter anderem geprüft, ob die Gäste in den vergangenen Jahren zu viel oder zu wenig Gästebeitrag bezahlt haben. Dies müsse durch eine unabhängige Firma erfolgen.

Ratsherr Piekarski erkundigt sich nach den Reisekosten.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass voraussichtlich ein Mitarbeiter der Firma K+W Wirtschaftsberatung GmbH nach Langeoog anreisen wird und ca. drei Tage für die Nachberechnung benötige.

Ratsherr Sommer erkundigt sich nach dem Vorgehen, falls der Gästebeitrag der letzten drei Jahre zu hoch angesetzt war. Eine Rückerstattung an die Kunden sei ja nicht möglich.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass erhöhten Einnahmen in der nächste Vorkalkulation berücksichtigt werden

Ratsherr Kuper erkundigt sich aus welchem Grund bei diesen drei Firmen Angebote eingeholt wurden und nur eine Firma ein Angebot abgegeben habe. Er erkundigt sich, ob dies die Favoritenfirma der Verwaltung sei.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass erfahrene Firmen, die bereits Gäste- und Tourismusbeitragskalkulationen durchgeführt haben, ausgewählt wurden. Aus welchem Grund die anderen beiden Firmen kein Angebot abgegeben habe, könne er nicht erklären. Er stellt klar, dass es sich um eine gängige Abfrage handle und keine Firma bevorzugt behandelt wurde.

Der Rat beschließt einstimmig den Auftrag über die Kalkulation des Gästebeitrages sowie des Tourismusbeitrages für die Jahre 2020 bis 2022 (Vorkalkulation) sowie die Jahre 2016 bis 2018 (Nachkalkulation) an die K+W Wirtschaftsberatung GmbH, Kiel, zum Preis von Euro 8.000,00 netto zuzüglich Reisekosten zu erteilen.

**Zu Punkt 13: Kanal- und Straßenbau „Störtebekerstraße/Kirchstraße“**  
**Erschließung Internatsgelände**  
**(s. Vorlage Nr. VO19-185)**

Bürgermeister Garrels berichtet von der Submission. Die vorliegenden Angebote der vier Firmen weisen eine hohe Preisdifferenz auf. Der Zweitplatzierte Bieter habe eine Differenz von ca. 50.000,00 Euro. Er erklärt, dass in der Ausschreibung der Schmutzwasserkanal der Kirchstraße gefehlt habe. Diese Kosten von 39.346,91 Euro brutto müssten zu den Angeboten jeweils dazugerechnet werden.

Ratsherr Piekarski erkundigt sich nach dem Eigenanteil der Inselschule. Da die Inselschule dem Landkreis und der Gemeinde angehöre.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass das Inselschulgelände Eigentum des Landkreises sei und der ebenfalls seinen Eigenanteil leisten müsse.

Ratsherr Kuper verweist auf die Planungsfirma HI Nord. Er fragt nach, ob diese automatisch von der Verwaltung beauftragt werde.

Abteilungsleiter Sjuts verneint dies. Er verweist auf einen Ratsbeschluss aus März 2018 (VO18-078), in dem der Gemeinderat nach Ausschreibung die Vergabe an die Planungsfir-

ma HI Nord beauftragt habe.

Der Rat beschließt einstimmig die Erneuerung der Regen- und Schmutzwasserkanäle und den Neuausbau der Straße Störtebekerstraße (Bliev hier) bis Kreuzungsbereich Kirchstraße/Um Süd und im Erschließungsgebiet Internatsgelände an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Firma G. Herfeld GmbH, Rechtsupweg, zum Preis von 1.471.372,73 € brutto zu vergeben. Die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

**Zu Punkt 14: Antrag auf Betriebskostenzuschuss an die Bürgerhilfe e.V.**  
(s. Vorlage Nr. VO19-187)

Ratsherr Uecker stellt den Antrag dem Beschlussvorschlag so zu folgen. Die Liquidität der Bürgerhilfe e.V. habe sich in den letzten Jahren verbessert. So sei der Zuschussbedarf in diesem Jahr deutlich geringer als 2018.

Bürgermeister Garrels bekräftigt dies. Bisher sei noch keine Entscheidung über einen möglichen Antrag auf eine Spende der Schifffahrt vorgesehen. Die Frage könne sich bei möglicherweise im Falle einer sinkender Belegung noch neu stellen.

Der Rat beschließt einstimmig der Bürgerhilfe Langeoog e.V. für den Betrieb des Seniorenhaus „bliev hier“ einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 75.000,00 Euro für das Jahr 2019 zu gewähren, zahlbar in zwei Raten von 55.000,00 Euro Ende September 2019 und von 20.000,00 Euro zum 15.12.2019.

**Zu Punkt 15: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

Entfällt!

**Zu Punkt 16: Anträge und Anfragen**

- 1) Ratsherr Piekarski verweist auf die zukünftige Dienstwohnung im Personalwohnhaus Deernshörn für die zukünftige Bürgermeisterin Frau Horn. Er erkundigt sich nach den Kosten der Umbaubauarbeiten.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass er eine Kostenaufstellung nachreichen kann. Die ehemalige Unterkunft des Rettungsdienstes müsse in einen vermietbaren Zustand gebracht werden. Die Kosten werden auf den Mietpreis kalkuliert. So werde es bei jeder Dienstwohnung praktiziert.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Ratsherr Kuper nach der Wohnung der Rettungswache in der Inselschule.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass der Landkreis Wittmund der Eigentümer der Wohnung sei. Er wird es in der nächsten Bürgermeisterkonferenz ansprechen. Jedoch habe der Landkreis Wittmund eine Vereinbarung mit der DRK Mittelhessen, worauf die Inselgemeinde keinen Einfluss habe. Bürgermeister Garrels kritisiert die fehlende Unterstützung des Landes bei dem Wohnungsmarkt auf Langeoog. Die Wohnung des Rettungsdienstes könnte einem Lehrer angeboten werden, jedoch erhalten Lehrer oft eine Dienstwohnung der Gemeinde. Weiterhin wurden der Gemeinde ein Haus und Grundstück des Landes angeboten. Diese habe jedoch einen Mietpreis von 15,00 Euro/qm<sup>2</sup> ergeben. Er berichtet, dass den Mitgliedern der Woh-

nungsbaugesellschaft Uns Oog vom Land Kredite zu 0,5 % Gebühren angeboten wurde. Auf dem freien Markt dagegen wurden Baukredite für 0,0 % angeboten. Ihm fehle hier als Signal eine deutliche spürbare Förderung vom Land.

Stv. Bürgermeister Janssen stimmt Bürgermeister Garrels zu. Auch ihm fehle die Unterstützung des Landes. Er macht deutlich, dass der Wohnungsbau der Wohnungsbaugesellschaft Uns Oog trotzdem wie geplant vorstättengehe.

Die finanzschwachen Kommunen sollten stärker unterstützt werden. Für die Sanierung des HDI sollten mögliche Fördergelder abgerufen werden. Er bittet darum zur nächsten Ratssitzung eine Übersicht über Förderprogramme zu bekommen, die für Langeoog greifen könnten.

Stv. Bürgermeister Janssen übernimmt den Vorsitz.

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf die Kioske auf den Schiffe. Er lobt die neuen nachhaltigen Kaffeebecher und Würstchenschalen. Es fehle jedoch eine geeignete Entsorgungstonne. Auch auf den Schiffen sollte der Müll getrennt und ordnungsgemäß entsorgt werden.

Ratsvorsitzender Adelmund nimmt den Vorsitz zurück.

### **Zu Punkt 17: Einwohnerfragestunde**

#### Adda Fischer

Frau Fischer verweist auf den Schwimmbadumbau. Sie erkundigt sich, ob der Architekt in Rechenschaft gezogen werden könne. Weiterhin sei es fragwürdig, wie ein Ratsmitglied sagen könne, dass er von dem Bau nichts mitbekommen hätte, obwohl dieser die stv. Badleitung ausübe.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass dies derzeit geprüft werde.

Ratsvorsitzender Adelmund fügt hinzu, dass dazu ein Beweisverfahren eingeleitet werde.



**Zu Punkt 18. Schließung der Sitzung**

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Garrels. Er stellt klar, dass keine Verzögerung durch die Ratsmitglieder erfolge. Im Oktober werde er die Öffentlichkeit informieren.

Ende der Sitzung: 21:03 Uhr



---

Uwe Garrels  
Bürgermeister



---

Rena Janssen  
Protokollführerin



---

Rainer Adelmund  
Ratsvorsitzender